

# Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Nr. 16.

Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. — Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. — Inseratannahme nur gegen Vorauszahlung. — Geldsendungen nur: Postcheckkonto 7718 Cöln.

Cöln, den 18. April 1913.

Insertionspreis für die viersp. Pettzeile 30 Pfg. Stellengefüge und -Angebote, sowie Anzeigen der Zahlstellen kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich Cöln, Denloerwall 9. Telefonruf B. 1546. — Redaktionschluss ist Montag Mittags.

14. Jahrg.

## Aufgaben der nächsten Zeit.

Der Verlauf der großen Tarifbewegungen des Holzgewerbes in den letzten Jahren, hat ohne Zweifel das Interesse sehr vieler Kollegen an der gewerkschaftlichen Arbeit nicht gehoben. Trotz aller Kampfanforderungen der Arbeitgeber hat sich der Abschluß neuer Verträge zumeist ohne Kampf vollzogen und warum sich aufregen, wenn doch „nicht zum Klappen“ kommt! Das ist so der Standpunkt recht vieler, die zwar den Wert der gewerkschaftlichen Organisation anerkennen und deshalb die Beiträge pünktlich und regelmäßig zahlen, die aber nur dann selbst in Aktion zu treten glauben, wenn die Ausperrung oder der Streik bereits vollzogene Tatsache ist.

Mit diesen leider immer zahlreicher werdenden Kollegen haben wir zu rechnen. Und es besteht die Gefahr, daß sich ihre Zahl in den nächsten Jahren noch erheblich vergrößert, wenn nicht beizeiten entsprechende Vorbeugungsmaßnahmen getroffen werden. Die nächsten beiden Jahre bringen uns aller Wahrscheinlichkeit nach im Holzgewerbe keinen Riesenkampf. Für die größten und auch für die meisten Zahlstellen unseres Verbandes laufen die Tarife noch längere Zeit. Bekanntlich werden dem diesjährigen Schiedspruch entsprechend die mit dem Arbeitgeber-Schutzverband abgeschlossenen Verträge, die im Jahre 1914 ihr Ende erreichen, bis zum Jahre 1915 verlängert. Damit geraten wir in die Periode eines längeren Tariffriedens.

Da nun ergeben sich die Schwierigkeiten für die dauernde Interessierung der Kollegen an der gewerkschaftlichen Arbeit. Eine Lohnbewegung, mehr noch ein Arbeitskampf, rüttelt die Geister auf, füllt die Versammlungen und gibt neuen Impuls für die Betätigung in der Organisation. Fehlt es aber an dieser Aufrüttelung, dann erlahmt mir zu leicht das Interesse am Verbandsleben, wenn nicht die Ortsverwaltungen sorgen, daß auf andere Weise das Interesse wach erhalten bleibt. Für diese Aufgaben der Zahlstellen sollen diese Zeilen ein Hinweis sein.

Die Arbeiterbewegung unserer Tage hat ihre Aufgabe noch nicht erfüllt. Wir, die wir uns als Holzarbeiter in der christlichen Gewerkschaftsbewegung zusammengeschlossen haben, sind wohl alle davon überzeugt, daß gerade unsere Arbeit noch im höchsten Maße notwendig ist. Den Klassenkämpfern von rechts und links haben wir zu beweisen, daß der Menschheit Wohl nur dort gedeihen kann, wo unsere Ideen siegreich sind. Wollen wir aber diesen Beweis erbringen, — und das müssen wir letzten Endes — dann bedarf es der Anspannung aller Kräfte und des eifrigen Interesses aller Mitglieder an unseren Aufgaben.

Wie erhalten wir nun in der Zeit des Tariffriedens das Interesse für unsere christliche Gewerkschaftsfrage wach, bzw. wie werden wir es neu zu beleben vermögen?

Als erstes ergibt sich wohl, daß alle Zahlstellen darauf bedacht sind, den abgeschlossenen Verträgen in ganzen Vertragsgebiet Geltung zu verschaffen. Es wird da noch manche Arbeit für die Schlichtungskommissionen abgehen. Die praktische Erledigung der Fälle genügt indes nicht. Die Zahlstellenmitglieder in ihrer Gesamtheit müssen erfahren, welche Arbeit diesbezüglich geleistet ist, und wie in den einzelnen Fällen eine etwa kompliziert liegende Sache aus der Welt geschafft wurde. Das erregt das Interesse der Kollegen und schärft ihren Blick für die Maßnahmen der Zukunft. Eine Berichterstattung über diese Tätigkeit der Zahlstellen in den Versammlungen wird hier und da auch die Erörterung überflüssiger persönlicher und kleinlicher Fragen zumöglich machen und zur Hebung des Versammlungsbesuchs beitragen.

Große Aufgaben erwachsen den Zahlstellen in der Friedenszeit auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Aufklärung und Erziehungsarbeit. Eine Ortsverwaltung, die nichts anderes kennt, als in den Versammlungen von den Lohnbewegungen im Gewerbe zu reden, sitzt bald auf dem Trockenen. Der Versammlungsbesuch wird nachlassen und das gewerkschaftliche Interesse der Mitglieder erlahmen. Hier muß daran erinnert werden, daß in den Versammlungen und Veranstaltungen der Zahlstellen auch andere Berufsfragen erörtert werden können. Denken wir nur an die gewerbliche Fortbildung. Je länger die Tarifzeit, umso mehr sollten sich die Zahlstellen auf diesem Gebiete betätigen. Gewerblüche und gewerbetechische Vorträge in den Versammlungen, Besichtigungen von Betriebsrichtungen, Exkursionen und Kurse aller Art, können sehr viel zur Belebung der Zahlstellenmitgliedschaft beitragen. Wohl allenthalben finden sich Personen, die das nötige Zeug haben, den Kollegen etwas Gebieteres zu bieten.

Ein Verdienst können sich die Ortsverwaltungen auch erwerben, durch die Vermittlung von Kommissionen über die reichsgesetzliche Arbeiterversicherung. Die Reichsversicherungsordnung hat mannigfache Änderungen gebracht, die selbst für jene, die mit der Materie der Versicherungs-Gesetzgebung ziemlich bewandert sind, eine Neuorientierung

notwendig macht. Die Behandlung von Fragen der Arbeiterversicherung in der allernächsten Zeit, ist umso notwendiger, als noch im Laufe dieses Jahres die „Urwahlen“ zu allen Organen und Behörden der Arbeiterversicherung stattfinden. Es sind diese die Wahlen der Krankenkassenvertreter. Die Wahlen finden in sämtlichen Krankenkassen statt. Nicht nur die Vorarbeiten für diese Wahlen müssen unsererseits geschehen, sondern auch die Aufklärungsarbeiten über die Aufgaben der Arbeitervertreter müssen geleistet werden. Sämtliche Wahlen in der Arbeiterversicherung finden in Zukunft nach dem Verhältnisystem statt, was zur Folge haben wird, daß die christlichen Gewerkschaften eine bedeutend größere Anzahl von Vertretern zu stellen haben werden, als das bisher der Fall war. Gerade die Neuregelung des Versicherungswesens erfordert, daß alle Ortsverwaltungen auf dem Posten sind.

Nicht minder wichtig ist jene Aufklärungsarbeit in den Zahlstellen, die sich auf volkswirtschaftliche Grundfragen bezieht. Die Zeit wird ja nicht mehr fern sein, wo die Sozialdemokratie angegriffen der zu erneuernden Sozialtarife nach bekannten Mustern, gegen die nichtsozialdemokratischen Anschauungen über die wirtschaftlichen Aufgaben des deutschen Volkes hegen wird. Und auch die zeitigen Vorgänge in der deutschen Arbeiterbewegung geben Anlaß zu mannigfacher Betrachtung. Die Bergarbeiterbewegung, der Kampf in der Crefelder Textilindustrie u. zeigen mit aller Deutlichkeit, daß wir nicht in allen Fragen den Bestrebungen der sozialdem. Gewerkschaften folgen können. Andauernde Aufklärung über die Grundzüge der christlichen Gewerkschaften und über eine vernünftige Gewerkschaftsstatistik muß angesichts dieser Vorgänge eine unserer Hauptaufgaben sein.

Die „stille Zeit“ der Gewerkschaft ist dann aber weiter zum Ausbau der Organisation zu benutzen. Wir sind ja längst über jene Zeiten hinweg, wo bei Lohnbewegungen Massen von Mitgliedern gewonnen wurden. Welchen Fortschritt haben dann z. B. die großen Tarifbewegungen der letzten Jahre unserem Verbandsverbande in bezug auf die Mitgliederzahlen gebracht? Das ist gar nicht die Rede wert. Heute werden nur noch Mitglieder gewonnen durch eine systematische stille Kleinarbeit. Ausnahmen von hier und da bestätigen nur die Regel. Also gilt's jetzt neue Mitglieder werben. Betriebe, die bisher der Organisation noch fernstanden, müssen ihr erschlossen werden; die Agitation in den einzelnen Berufen, besonders in jenen, die sich an den besseren Zuständen tarifierter Gewerbe ein Beispiel nehmen könnten, muß mit allem Nachdruck betrieben werden. Auch der Arbeiterinnen im Holzgewerbe darf nicht vergessen werden. Gerade uns, im Zentralverbande christlicher Holzarbeiter, erwächst hier eine Aufgabe, die bisher wohl nicht in entsprechender Weise gewürdigt worden ist. Dazu kommt dann noch die Gewinnung der Holzarbeiter in benachbarten Orten für unseren Verband. Dieses liegt sowohl im eigenen Interesse, als im Interesse des Gewerbes. Es darf als vollständig ausgeschlossen gelten, daß bei Ablauf und Erneuerung der Tarife immer die gewünschten Fortschritte gemacht werden, wenn es uns nicht gelingt, dort nachzuhelfen, wo man bisher noch ohne tarifliche und angemessene Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse auszukommen glaubte. Vorbedingung aller Fortschritte ist aber die gewerkschaftliche Organisation. Sie allenthalben einzuführen ist so unsere Pflicht.

Es kann selbstverständlich nur dort ein agitatorischer Erfolg dauernd erzielt werden, wo die Verwaltung der Zahlstellen sich in bester Ordnung befindet. Der Vertrauensmännerapparat ist in der von Lohnbewegungen freien Zeit deshalb einer Nachprüfung und Ordnung zu unterziehen. Dem nach einem gewaltigen Wechsel in den Mitgliederzahlen, vielfach hervorgerufen durch eine säumige Einfassung des Beitrages, muß durch ein gut funktionierendes Vertrauensmännerapparat, der Boden entzogen werden. Je mehr von den alten Mitgliedern gehalten werden, um so leichter wird auch die Gewinnung neuer Mitglieder sein. Das besonders, wenn jede Ortsverwaltung ihr Tätigkeitsfeld genau kennt, über sämtliche holzgewerblichen Betriebe, die darin beschäftigte Zahl der Arbeiter und deren Organisationsverhältnis eine feste und vollständige Uebersicht in ihren Listen hat.

Nicht minder wichtig ist es weiter, hier und da die Beitragshöhe einer Revision zu unterziehen. Es ist nicht nur eine Ehrensache für unsere Zahlstellen, sondern auch ein Gebot der Vernunft, daß die Beitragshöhe der der gegnerischen Organisationen mindestens gleich ist. Wo aber bei der Nachprüfung der Beitragshöhe sich eine Erhöhung als notwendig ergibt, da soll man auf der anderen Seite die erhöhten Einnahmen nicht gleich wieder durch erhöhte Ausgaben ausgleichen. Für die Zukunft ist die Ansammlung härterer Mittel eine unbedingte Notwendigkeit. Denken wir nur an die Zeit der Krise mit ihrer Arbeitslosigkeit, wo die Beiträge spärlicher werden, die Ausgaben aber rapide steigen. Dann verdient aber auch die Last der Beachtung, daß sich der Kampffonds der Arbeitgeber in den Friedensjahren häuft und wir dieser Entwicklung wohl oder übel folgen müssen. Noch ist nicht aller Tage Abend und auch die größten Opti-

misten können eines guten Tages von einem großen Kampfe im Holzgewerbe überrascht werden. Bauen wir deshalb vor und erhöhen wir in den Zahlstellen nach Möglichkeit die Einnahmen ohne im gleichen Maße die Ausgaben zu steigern.

## Gesetzliche Wohnungsreform.

Im März 1912 setzte der Reichstag eine besondere Kommission ein zur Beratung einer Anzahl von Anträgen betreffend gesetzliche Wohnungsreform. Diese Kommission arbeitete flott, so daß der Reichstag bereits am 22. Mai 1912 sich mit den Anträgen dieser Kommission beschäftigte und ihnen auch einstimmig zustimmen konnte. Der Reichstag verlangte Mindestvorschriften über Beschaffung und Benutzung von Wohnungen, eine amtliche Wohnungsaufsicht mit einem Reichswohnungsamtsamt als Zentralstelle, Errichtung von Pfandbriefanstalten im Anschluß an die Landesversicherungsanstalten, Regelung des Wohnungs-Nachweiswesens, Ausbau des Erbbaurechtes; weiter normative Bestimmungen über Bebauungspläne, Steuererleichterung an die Besitzer von Häusern mit Kleinwohnungen, sowie Gewährung des Enteignungsrechtes an die Gemeinden. Der Reichstag in seiner großen Mehrheit war sich darüber einig, daß das Reich die Kompetenz und die Pflicht habe, auf dem Gebiete des Wohnungswesens gesetzlich einzugreifen. Diese Anschauung wurde nicht allseits geteilt. Von Regierungsseite wurde die Auffassung vertreten, daß hier nur die Einzelstaaten zuständig seien. Der Staatssekretär des Reichsamts des Innern erklärte, daß man diesbezüglich mit diesen in Verbindung treten werde. Das geschah. Im Januar 1913 teilte dann der Staatssekretär Dr. v. Delbrück mit, die Mehrzahl der Bundesstaaten, insbesondere die größeren, widersetzten sich einer reichsgesetzlichen Regelung der Wohnungsfrage. Nun setzte eine heftige Kritik ein. Im Reichstag wurde neuerdings verlangt, daß man unverzüglich auf dem Wege der Reichsgesetzgebung vorgehen müsse. Wohl unter dem Druck dieser Kritik erklärte dann der Staatssekretär Delbrück, wenn beispielsweise Preußen auf dem Gebiete des Wohnungswesens nicht vorgehe, er dem Reichstag ein Wohnungs-gesetz vorlegen würde.

Inzwischen hat nun Preußen den Entwurf eines Wohnungsgesetzes veröffentlicht. Ob dieser Entwurf, der im Landtag noch nicht vorgelegt wurde, Gesetz werden wird, steht dahin. Bereits vor 10 Jahren hat die preussische Regierung einen ähnlichen Entwurf veröffentlicht. Gesetz ist er aber nicht geworden. Gewisse Interessenten machten dagegen heftige Opposition, und der Entwurf fiel unter den Tisch. Der jetzt unter dem 25. Januar 1913 veröffentlichte Gesetzentwurf will zunächst das Fluchtliniengesetz ändern, und zwar in der Weise, daß den Ortspolizeibehörden das Recht eingeräumt wird, die Festsetzung von Fluchtlinien zu verlangen. Es soll in dem Gesetz ausgesprochen werden, daß im Interesse des Wohnungsbedürfnisses Gartenanlagen, Spiel- und Erholungsplätze vorzuziehen sind, ferner, daß für Wohnungszwecke Baublöcke von angemessener Tiefe und Straßen von geringerer Breite (Wohnungsstraßen) in den Bebauungsplan aufgenommen werden. Ferner wird den Gemeinden das Enteignungsrecht für Baugebiete eingeräumt. Die betreffende Bestimmung lautet:

„Mit dem Zeitpunkt, an dem eine Straße oder ein Straßenteil für den öffentlichen Verkehr und den Aufbau fertig hergestellt ist, erhält die Gemeinde das Recht, ein an die Fluchtlinie des Straßenteils angrenzendes Grundstück, soweit es nach den baupolizeilichen Vorschriften des Orts nicht zur Bebauung geeignet ist, dem Eigentümer gegen Entschädigung zu enteignen.“

In dem Gesetzentwurf wird ferner ausgesprochen, daß das Gesetz betr. die Umlegung von Grundstücken in Frankfurt a. M. vom 28. Juli 1902 auf den Umfang der Monarchie sinngemäß ausgedehnt wird. Es wird also der Versuch gemacht, die Bodenfrage zu lösen, ein Baugebiete für das Wohnungsbedürfnis zu schaffen. Zu diesen Verträgen wird in der Begründung ausgeführt:

„Als besonders wirksames Mittel, um die Bodenpreise dauernd in angemessenen Grenzen zu halten, haben sich baupolizeiliche Beschränkungen der Ausnützbareit des Grund und Bodens hinsichtlich der bebaubaren Fläche und der Stockwerzhöhe erwiesen. Bei entwickelter Boden- und Bauprefikuation werden die Bodenpreise, abgesehen von dem Einflusse der Lage und der besonderen Verwendbarkeit des Grundstücks für bestimmte Zwecke, in erster Linie durch die nach den bestehenden Baunormen zugelassene Ausnützbareit bestimmt. Beschränkungen der gedachten Art sindern zugleich die weiträumige, rasche Bauweise, die im gesundheitlichen Interesse besonders wünschenswert erscheint. Gegenwärtig lassen zahlreiche Bauordnungen noch eine die örtlichen Verhältnisse nicht gerechtfertigte Höhe der Gebäude und eine weitgehende Bebaubarkeit der Grundstücke hinsichtlich der Fläche auch in dem Stadterweiterungsgebiete zu, wo die Höhe der Bodenpreise noch nicht zu einer stärkeren Ausnutzung des Grund und Bodens nötig. Demgegenüber wird mehr als bisher durch Abstufung der Bauvorschriften für das Stadtlanere, die Außenbezirke und die Umgebung der schnell wachsenden Gemeinden Vorsorge dafür zu treffen sein, daß nicht die hohen Bodenpreise aus dem Stadtlanere auf die neuen Stadtteile übertragen werden. Auf diese Weise

wird die erforderliche Ergänzung zu den Verkehrsleistungen nach den Außenbezirken geschaffen und die Möglichkeit gewahrt, mit der Herstellung billiger Kleinwohnungen auch das in gesundheitlicher wie sozialer Hinsicht zu fördernde kleine Wohnhaus und Einzelhaus in der Bauordnung zu berücksichtigen.

An anderer Stelle wird gesagt: „Von wesentlicher Bedeutung für eine befriedigende Gestaltung der Wohnungsverhältnisse ist eine angemessene Höhe der Preise des städtischen Grund und Bodens. Die Bebauungspläne mancher Städte, die vorwiegend tiefe Baublöcke bei wenigen übermäßig breiten Verkehrsstraßen vorsehen, begünstigen das Bestreben, durch Errichtung großer Massenmehrwahlhäuser mit mehrfachen Quergebänden und Höfen die Preise der Grundstücke in die Höhe zu treiben. Durch eine solche Bebauung wird zugleich eine unerwünschte Zahl von Hof- und Hinterwohnungen hervorgerufen, die vorhandene Neigung zum eigenen Hausbesitz durch Schaffung ungeeigneter Häuser künstlich hintangehalten und ein vielfach nur dem Namen nach bestehender, vorwiegend spekulativer Hausbesitz gefördert.“

Der Entwurf enthält weiter baupolizeiliche Vorschriften. Durch die Bauordnung kann die Abstufung der baulichen Ausnutzung der Grundstücke vorgeschrieben werden. Die Errichtung von bestimmten Anlagen und Fabriken, die durch Rauch und ungewöhnliches Geräusch lästig werden, können verboten werden. Es werden ferner Vorschriften erlassen über die Benutzung der Gebäude zum Wohnen und Schlafen. Für Gemeinden und größere Betriebe mit mehr als 10000 Einwohnern sind diesbezügliche Wohnungsordnungen zu erlassen. Durch diese kann vorgeschrieben werden, daß als Wohn- oder Schlafräume (auch Küchen) nur solche Räume benutzt werden dürfen, welche zum dauernden Aufenthalt von Menschen baupolizeilich genehmigt sind. Ferner können Vorschriften erlassen werden über die Beschaffenheit und Instandhaltung der Wohnungen, Zahl und Beschaffenheit der Kochstellen, Aborte, Aussgüsse, über die zulässige Belegung der Wohn- und Schlafräume, Einrichtung und Ausstattung der Schlafräume für Diensthofen und Gewerbegehilfen.

In einem weiteren Artikel des Gesetzesentwurfes wird eine Wohnungsaufsicht eingerichtet. Diese wird den Ortspolizeibehörden beim dem Gemeindevorstand übertragen. Es ist darauf zu sehen, daß Mißstände auf dem Gebiete des Wohnungswesens ferngehalten und beseitigt werden. Für Gemeinden, die mehr als 100000 Einwohner haben, ist zur Durchführung der Wohnungsaufsicht ein Wohnungsamt zu errichten, das mit geeignetem Personal, mit Beamten und Wohnungsaufsichtern, besetzt sein muß. Für kleinere Gemeinden kann durch die Aufsichtsbehörde die Einrichtung eines Wohnungsamtes angeordnet werden. Es können auch mehrere Gemeinden zusammen ein gemeinsames Wohnungsamt für ihre Bezirke errichten. Die mit der Wohnungsaufsicht betrauten Personen sind berechtigt, bei Ausübung der Wohnungsaufsicht alle Räume, die zum dauernden Aufenthalt von Menschen benutzt werden, zu betreten. Die Befugnisse darf nur in der Zeit von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends erfolgen; bei Wohnungen, in die Einlieger oder Schlafgänger aufgenommen werden, ist die Befugniszeit von 5 Uhr früh bis 10 Uhr abends festgesetzt. Die Wohnungsaufsichtsbeamten haben zunächst durch Rat, Belehrung oder Mahnung die Wohnungsinhaber bzw. Wohnungsbesitzer zur Abstellung der vorgefundenen Mißstände zu veranlassen. Läßt sich auf diese Weise Abhilfe nicht schaffen, so ist polizeiliches Einschreiten zu veranlassen.

Das ist im wesentlichen der Inhalt des preislichen Entwurfes zu einem Wohnungsrecht. Die Wohnungsreformer werden mehr von der Gesetzgebung erwarten, als der Entwurf bringt. Immerhin bedeutet der Entwurf, so schreibt die „Vaugewerkschaft“, einen sozialpolitischen Fortschritt. Preußen kommt damit den süddeutschen Staaten nahe und hinsichtlich der Enteignung und Umlegung der Grundstücke sogar vor, falls der Entwurf Gesetz wird.

Im Reichstag sind weitere Maßnahmen in Aussicht genommen. So die Schaffung von Grundlagen für eine bessere und zweckmäßiger Kreditgewährung, die Schaffung eines großen Kreditinstitutes, an dem sich die Banken, das Reich und die Bundesstaaten beteiligen; Bürgschaftsübernahme für Hypotheken auf Staatsverleihen durch das Reich; ferner eine Neudatierung des Hypothekengesetzes zwecks möglicher Belebung von Kleinwohnungsbanken im Erbbaurecht. Hoffentlich werden diese in Kürze gefassten gesetzlichen Maßnahmen bald verwirklicht. Es ist fest, daß Durchgreifendes endlich zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse geschieht. Der Rest ist genug gemacht.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

In Interesse der Kollegen werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 16. Monatsbeitrag für die Zeit vom 13. bis 19. April fällig ist.

Die Fortsetzung der neuen Monatsbeiträge hat sich leider verzögert, so daß diese erst mit der Nummer 17 des Monatsheftes versandt werden können.

Bestenfalls Mitglieder. Nr. 55942 Gottfried Koppelt; Nr. 88573 Josef Koppelt. Die Bücher sind für möglich erhältlich.

### Lohnbewegung.

Die Lohnbewegungen haben bei allen Lohnbewegungen der Gewerkschaften eine Rolle von Bedeutung gespielt, einen Bericht über den Stand der Bewegung einzufachen.

Der Stand ist folgende:

Lohnbewegung: Kirchberg-Fabrik, Samml. (H. Schumann).

**Tarifabschluß bei der Firma Felder in Hilden.** Nachdem der allgemeine Tarifvertrag für das Düsseldorf Holzgewerbe glücklich unter Dach und Fach gebracht worden ist, kann nun auch der Tarifabschluß für den Betrieb der Firma Felder in Hilden gemeldet werden. Ohne Zweifel können die Kollegen mit diesem neuen Erfolge wohl zufrieden sein. Es wurde unter anderem erreicht, die Verkürzung der Arbeitszeit von 57 1/2 Stunden im Sommer und 56 Stunden im Winter auf einheitlich 54 Stunden die Woche. Die Löhne steigen um 8 Pfg. die Stunde und zwar um 3 Pfg. dieses Jahr, 1 Pfg. am 1. März 1914; je 2 Pfg. am 1. März 1915 und 1. Juli 1916. Für Akkordarbeiten wurde der bestehende Akkordtarif entsprechend erhöht. Bei Montagen sind ebenfalls ganz nennenswerte Zugeständnisse gemacht worden. Es wurde ein Einheitslohn bei Liebernachten von 3 Mk. festgelegt, während früher 2,50 Mk. und 2,25 Mk. bezahlt worden sind. Die anderen Sätze erfuhren eine entsprechende Aufbesserung. Der Vertrag läuft bis zum 15. Februar 1917. Diese Tariferneuerung zeigt wiederum aufs neue, was Einigkeit unter den Kollegen und eine geschlossene festgefügte Organisation erreichen kann. Hoffentlich sorgen die Kollegen nun auch für den weiteren Ausbau des Verbandes.

**Tariferneuerung in Coesfeld.** Nachdem die Tarifverträge bei der hiesigen Möbelfabrik sowie bei der Firma Wolters, Baugehärt, am 1. April d. J. abgelauten waren, traten die Kollegen zwecks Erneuerung der Verträge an die beiden Firmen heran. Nach mehrmaligem Verhandeln seitens der Lohnkommission unter Mitwirkung unseres Bezirksleiters mit den Arbeitgebern, gelang es, die Verträge auf 3 Jahre zu erneuern und zwar mit verhältnismäßig guter Aufbesserung der Löhne. Der Durchschnittslohn steigt von 45 auf 50 Pfg. pro Stunde. Auf die bisherige Löhne folgt ein Aufschlag von 1 Pfg. sofort; 1 Pfg. am 1. September 1918; 1 Pfg. am 1. April 1919; 1 Pfg. am 1. April 1920 und 1 Pfg. am 1. Januar 1921. Die Verträge gelten bis zum 1. April 1921. Angesichts des Umstandes, daß die allgemeine Geschäftslage in Coesfeld eine äußerst ungünstige ist (es liegen hier ganze Textilfabriken fast vollständig still), bedeutet der Herabsetzung der Verträge einen sehr guten Erfolg. Außerdem steht durch diesen Abschluß Coesfeld an der Spitze gleichbedeutender Orte des Münsterlandes. In wenigen Jahren haben wir durch unseren Verband die Löhne von 35 auf 50 Pfg. gesteigert. Das war nur dadurch möglich, daß unsere Zahlstelle in den letzten Jahren gut ausgebaut war, und die Kollegen treu und einig zusammengehalten haben. So soll und muß es auch in der Zukunft sein. Unsere Erfolge zeigen uns, besser als alle Worte, daß uns unser Verband großen Nutzen gebracht hat.

### Berichte aus den Zahlstellen.

**Bocholt.** Seit mehreren Jahren ist eine allgemeine Lohn-erhöhung am hiesigen Orte im Schreinerhandwerk nicht mehr erfolgt, sobald heute schon ungelernete Arbeiter mehr verdienen, als tägliche Schreinergehälter. Sowohl schlechter Geschäftsgang, wie auch die Ineresslosigkeit nichtorganisirter Geschäfte trug daran die Schuld. Mit dem Eintritt eines besseren Geschäftsganges setzte nun auch eine lebhaftere Agitation ein. Unsere letzte Mitgliederversammlung war gut besucht. Seitens des Referenten wurden die Erfolge der jetzt beendigten großen Tarifbewegung, wie auch die speziellen Fortschritte am Niederrhein geschildert und die Schlussfolgerung für unseren Ort daraus gezogen. Sechs Aufnahmen waren zu verzeichnen. Mit neuem Eifer geht es nunmehr an die Arbeit. Eine Agitationskommission wurde gewählt, um eine systematische Hauszitation durchzuführen. Fragebogen zur genauen Erfassung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden denartlich herausgegeben. Wenn alle Kollegen mitarbeiten, werden wir auch in Bocholt voranzukommen.

**Danzig.** Aus Anlaß der 100jährigen Wiederkehr von Preußens Erhebung im Jahre 1813 veranstaltete die christlich-nationale Arbeiterpartei von Danzig am Sonntag, den 6. April eine patriotische Demonstration und zwar in dem 2000 Personen fassenden Saal des Besippenhauses der Kaiserlichen Werft. Der große Saal war überfüllt. Die Demonstration gestaltete sich zu einer patriotischen Kundgebung wie sie Danzig nur ganz selten erlebt haben kann. An Vertretern der Behörden waren erschienen: Der Kommandierende General des 17. Armee-Korps, von Malesky; der Oberpräsident von Westpreußen, von Jaspow; der Oberverwaltungspräsident der Kaiserlichen Werft, Kontoradmiral von Holleben; der Polizeipräsident Wolff; der Vertreter des Magistrats der Stadt Danzig, Stadtrat Lapp. Die Rede hielt Herr Rechtsanwalt Dr. Bannow-Joppo. Die Musik wurde ausgeführt von der Kapelle des 36. Artillerie-Regiments. Ein Eingeladener Mann flacker Chor, zusammengeführt aus dem Gesangsverein Königsstrasse und der Gesangsleitung des hies. Arbeitervereins sang eine Anzahl Lieder vor. Im Namen der Gäste dankte der Oberpräsident für die Einladung zur Kundgebung, die die christlich-nationale Arbeiterpartei geboten. Persönlich sprachen die Herren noch einzeln der Leitung der Kundgebung ihren Dank und ihre Bewunderung aus. Alle erklärten, daß sie das nicht erwartet hätten. Als der Leiter der Demonstration, Kollege Schöpfel in seinem Schlusswort erklärte: „Wir protestieren dagegen und werden es nie dulden, daß die Sozialdemokratie und ein Vorkriegsliberalismus als Vertreter der deutschen Arbeiterpartei bezeichnet“, wolle der Befehl kein Ende nehmen. Nach Vorlesung von Festschilfners über Felder und Gedanken aus dem Arbeiterstrategie und mit dem gemeinsamen Absingen des Liedes: Deutschland, Deutschland über alles, fand die Demonstration ihr Ende. Sie ist ein Merkmal in der Geschichte der christlich-nationalen Arbeiterbewegung von Westpreußen. In G. K. Reichert des Kaiser und dem Deutschen Kronprinzen wurden Telegramme gesandt.

**Reichsweite Bedeutung.** Bei der hiesigen Firma Langbein u. Co. treten Mitglieder des roten Transportarbeiterverbandes ihr Namen ein. Wird in der Zukunft ein Mann eingeleitet, der absolut nicht mit den Genossen gemein haben will, so wird ihm doch so lange zugehört, bis man ihn in den roten Verband hineingepreßt hat. Inzwischen sind es oftmals rotorganisierte Arbeiter, die hier dem sozialdemokratischen Gewerbe des Koalitionszwanges nachgeben. Wie weiß der daß dieser Element gegen die „Christen“ geht, so die sich nicht, wo ein „Genosse“ Schneider einen unserer Kollegen in der Kamme an Falte wirft. Das „Verbreiten“ unserer Kollegen, das eine solche Bestrafung erfährt, bestraft

barin, daß er einem neuzugezogenen Arbeiter bei der Wohnungssuche behülflich war. Sollten die „Genossen“ nicht bald vernünftiger werden, so werden wir uns veranlassen fühlen, andere Saiten aufzuziehen.

### Gewerkschaftliches.

**Bildhauer und Gewerkschaft.** Ein Bildhauerkollege schreibt uns: Mit Interesse habe ich den Zahlstellenbericht aus Köln gelesen, der sich mit dem Bildhauerberufe befaßt. Es wurde darin u. a. ausgeführt, das Fernbleiben der Bildhauer von unserem Zentralverbande christlicher Holzarbeiter sei vielfach auf den Berufsstand zurückzuführen. Was seine Wichtigkeit hat. Es liegen die Dinge einmal beim Bildhauer so, daß er sich auf seinen Beruf etwas einbildet und die Gemeinschaft mit Angehörigen anderer Berufe sorgfältig meidet. Der christlich-gesinnte Bildhauer zieht es deshalb zumeist vor, weil er vom roten „Zentralverein“ der Bildhauer nichts wissen will, unorganisiert zu bleiben. Der Berufsstand ist ein Grund für das Fernbleiben von unserer Organisation. Es spielen aber auch noch andere Gründe mit. Erinnert sei nur daran, daß es Möbelbildhauer und Kirchenbildhauer gibt und diese sich wieder gliedern in Figuristen und Ornamentiker. Jede Gruppe hat die wieder ihren besonderen Stolz und nicht würde mehr zu dauernden Auseinandersetzungen führen, als wenn durch einen eventl. Tarifabschluß alle Kollegen gleichmäßig behandelt würden. Wenn man sich nur umsieht, findet man es allenthalben, daß Kollegen sich bei ihrem Ehrgeiz soweit vergessen, daß sie ihren Mitarbeitern schier unaussprechlich werden. Da kann nicht genug geschafft und schmarrt werden aus Angst, ein Mitarbeiter könnte es vielleicht beim Arbeitgeber zu größerer Gunst bringen. Wo ein solcher Geist herrscht, kann natürlich an die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht gedacht werden und ein Aufkommen der Organisation ist schier unmöglich. Nur Kollegen mit hohem Idealismus werden in solchen Fällen der Organisation die Treue bewahren. Ganz und gar ist's natürlich mit der Organisationsfreudigkeit vorbei, wenn selbst organisierte Kollegen es nicht unter ihrer Würde halten, in der gekennzeichneten Weise zu handeln. Ich schreibe mich deshalb dem Rufe an: Fort mit Standesdünkel und dem übertriebenen Ehrgeiz! Wollen wir Bildhauer gewerkschaftliche Fortschritte erzielen, dann muß der Gedanke an das Wohl der Allgemeinheit der Leitern des Handelns aller sein. Nur wirkliche Solidarität ist in der Lage, die im Bildhauerberufe angutreffenden Verhältnisse zu reformieren.

**Tarifgemeinschaftliches aus dem Buchdruckgewerbe.** Der Gutenbergbund hat dem Ende April d. J. zusammentretenden Tarifauschuß für Deutschlands Buchdrucker eine Denkschrift unterbreitet, in der eingehend begründete Forderungen der Mitglieder des Gutenbergbundes niedergelegt sind. Es wird vor allem verlangt, Vertreter der Organisation gleich dem Buchdruckerverband und der Prinzipalvereinigung zu den tariflichen Instanzen zuzulassen, dem Organ des Gutenberg-Bundes, „Der Typograph“, die Bekanntmachungen ebenfalls zuzustellen, ferner den Redakteur des Typograph ebenso wie den Redakteur des sozialdemokratischen Verbandes zu den Verhandlungen zuzulassen. Das sind, wohl gemerkt, alles Wünsche, die gegenüber dem sozialdemokratischen Verbande schon längst erfüllt sind. Was aber dem einen recht ist, ist dem anderen billig. So wird denn auch der Tarifauschuß nicht anders können, als den gerechten Forderungen des Gutenbergbundes Rechnung tragen. Eine Ablehnung der Wünsche wäre ja auch gleichbedeutend mit einer völligen Verkennung der Sachlage und einem schwer begreiflichen Unverständnis für die Aufgaben einer Tarifgemeinschaft. Es hat sich bisher im Buchdruckgewerbe allerdings schon manches zugetragen, was dem Ansehen der einst so gerühmten Tarifgemeinschaft nicht gerade von Nutzen war. Wer zieht z. B. heute denn noch bei den großen Tarifverhandlungen in anderen Berufen das Buchdruckgewerbe zum Vergleich heran? Das war einmal. Andere Zeiten, andere Verhältnisse und damit andere Bedürfnisse! Wer es ablehnt, sich den Bedürfnissen der Zeit anzupassen, verflöcht und kommt, weil es ihm an der notwendigen Beweglichkeit fehlt, unter die Räder. Trotz allem, was im Buchdruckgewerbe schon vor sich gegangen, darf man in diesem Falle wohl erhoffen, daß die bessere Einsicht zur Erfüllung der Wünsche des Gutenbergbundes fügen wird. Wir im Holzgewerbe hätten unter gleichen Verhältnissen jedenfalls nicht die Lammesgeduld bekundet, wie sie dem Gutenbergbunde eigen war. Tarifliche Pflichten erfordern auf der anderen Seite Rechte. Wo man es ablehnt, uns solche zuzugestehen, machen wir im Holzgewerbe nicht mit. Die Hauptleitung des soziald. Verbandes ist denn auch so vernünftig, daß sie selbst dort, wo unsere Organisation nur mit einer kleinen Minderheit in Frage kommt, unsere Teilnahme an den Tarifverträgen wünscht. Eine Teilnahme an den Tarifverträgen ohne gleichzeitige Beteiligung an allen Tarifinstanzen kennen wir im Holzgewerbe nicht. Etwas Gegenwilliges wäre ja auch kompletter Unsinn. Wenn die Herren vom soziald. Buchdruckerverband anderer Ansicht sein sollten (sie ständen damit in direktem Gegensatz zu der Tarifpolitik anderer „freier“ Gewerkschaften), so würden sie damit nur beweisen, daß ihnen sozialdemokratische Unvernünftigkeit höher steht als die Erhaltung gesunder gewerkschaftlicher Zustände.

Der sozialdemokratische Holzarbeiterverband im Jahre 1912. Nach der soeben in der Holzarbeiterzeitung veröffentlichten Uebersicht über die Entwicklung dieses Verbandes im Jahre 1912, hat sich dessen Mitgliederzahl bis zum Jahres-schluß auf 196810 gesteigert. Das Gesamtvermögen des Verbandes ist auf 7221570 Mk. angewachsen. Der Verband führte 961 Lohnbewegungen, an denen 51449 Holzarbeiter beteiligt waren. 238 Lohnbewegungen führten zu Arbeitskämpfen. Für Streiks veräußerte der Verband 87624240 Mk. Größer noch waren die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung (1389486,79 Mk.) und Krankenunterstützung (989633,53 Mk.).

**Einigungsverhandlungen im Malergewerbe** wurden am 8. April im Berliner Gewerbegericht aufgenommen. Vor Eintritt in die Verhandlung verlangte Beigeordneter Rath Lamens der drei Unparteiischen eine Erklärung darüber, ob er Hauptvorstand des Arbeitgeberverbandes einen die Unparteiischen schwer beleidigenden Artikel der „Deutschen Arbeiterzeitung“ deckt. Der Arbeitgeberverband verneinte das und versicherte die Unparteiischen seines vollen Vertrauens, schon seine Sprecher mehrfach Ausführungen machten, die in dem Mißtrauensvotum sehr nahe kamen. Besonders die Erklärung der Unparteiischen in Nr. 3 des „Einigungsamt“ betreffend die paritätischen Arbeitsnachweise bildet für die Arbeitgeber den Stein des Anstoßes. Der Arbeitgeberverband verlangte sodann eine Anzahl Nenderungen am Wortlaut des Tarifvertrages und die Reduzierung der durch die Schiedssprüche vom 24. Februar festgesetzten Lohnhöhungen auf drei Pfennig, auf die 3 Tarifjahre verteilt. Einer engeren Kommission gelang es, in Stundenlangen Beratungen die Streitpunkte bezüglich des Tarifschemas durch Formulierung bezüglicher Erklärungen auszuräumen, ohne am Wortlaut des Vertrages selbst Nenderungen vorzunehmen. — Die aus dem Tarifschema hergeleiteten Gründe der Arbeitgeber zur Verhängung der Aussperrung sind dadurch gegenstandslos geworden. — Zur Lohnfrage machten nunmehr die Vertreter der Arbeitgeber den Vorschlag, allgemein die Schiedssprüche dahin zu ändern, daß drei Pfg. Erhöhung sofort eintreten solle. Die Gehilfenvertreter erklärten diesen Vorschlag für undiskutabel. In den Plenarverhandlungen am 9. April wurde das Ergebnis der Verhandlungen zum Tarifschema gutgeheißen unter der Voraussetzung, daß auch die Lohnfrage eine befriedigende Regelung finde. Hierzu erneuerte der Hauptvorsitzende der Arbeitgeber, Herr Kruse-Berlin das in der Kommission gemachte Angebot. Die Gehilfenvertreter gaben dazu folgende Erklärung ab:

„Die Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen lehnen das Angebot der Arbeitgeber, durch das sie die Absicht bekunden, selbst noch unter die in den Schiedssprüchen festgesetzten Löhne heranzugehen, grundsätzlich ab. Sie halten eine Verständigung für eine Reihe von Lohngebieten auf der Grundlage der Schiedssprüche ohne weiteres für möglich. Dagegen können sie für einen weiteren Teil von Lohngebieten die in den Schiedssprüchen festgelegten Bedingungen über Löhne und Arbeitszeiten nicht als ausreichend anerkennen, weil die örtlichen Verhältnisse nicht genügend gewürdigt worden sind. Außerdem hat sich die Situation durch die vom Arbeitgeberverband vorgenommene Aussperrung wesentlich verändert, indem durch den inzwischen erfolgten Abschluß zahlreicher einzelner und korporativer Tarifverträge, u. a. mit dem „Bund deutscher Dekorationsmaler“, die Schiedssprüche bereits überholt sind.“

Demgegenüber verhartete der Arbeitgeberverband auf seinem Standpunkt. Die Unparteiischen stellten daraufhin mit dem Ausdruck des Bedauerns fest, daß die Einigungsverhandlungen gescheitert seien. Der seit Anfang März andauernde Kampf wird also seinen Fortgang nehmen. Die Aussperrung bröckelt allerdings immer mehr ab infolge des Abschließens von Einzel- und Einzelverträgen. Zur Zeit sind noch rund 16 000 von den 50 000 in Betracht kommenden organisierten Gehilfen einschließlich der großen Zahl der zur Abwehr selbst in den Zustand getretenen Gehilfen im Kampfe.

**Zum Färberstreik in Krefeld.** Eine wahre Schlammflut von Verdächtigungen und Verleumdungen ergießt sich zur Zeit in der sozialdemokratischen Presse über den christlichen Textilarbeiter-Verband. Er soll im Krefelder Färberstreik Arbeiterverrat und Streikbruch verübt haben. Damit sucht die sozialdemokratische Presse die beispiellos unverantwortliche Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiter-Verbandes in Krefeld zu verdecken, getreu der Latit: Halte den Dieb. Die sozialdemokratische Textilarbeiter-Organisation verübt Streikbruch, sie zwingt ihre Mitglieder im Wuppertale Streikarbeit für Krefeld zu machen. In einer Zuschrift an die in Warmen erscheinende „Westdeutsche Rundschau“ vom 5. April bestätigt ein Färbereibitzer, daß in den Wuppertaler Färbereibetrieben für Krefelder Aufträge gefärbt wird. Der betr. Färbereibitzer hielt dies für selbstverständlich; man hoffe dadurch, die früher an Krefeld verloren gegangenen Aufträge wieder zu gewinnen. Der christliche Textilarbeiter-Verband kann in Krefeld schon deshalb keinen Streikbruch verüben, weil seine Zentralleitung in Verbindung mit den christlich organisierten Färbern den Streik als für sie beendet erklärt haben. Dagegen ist die Haltung des sozialdemokratischen Textilarbeiter-Verbandes im Krefelder Färberstreik wirklich als Arbeiterverrat zu bezeichnen. Um der christlichen Organisation einen Schlag zu versetzen, setzt er den Kampf fort, obgleich ein Erfolg für die Arbeiter nicht mehr zu erzielen ist. Die Gewerkschaftsgelder werden also förmlich zum Fenster hinausgeworfen. Selbst für den Fall, daß die Arbeitgeber den Streikenden noch einige kleine Zugeständnisse machten — was jedoch vollständig ausgeschlossen erscheint — würden die Erfolge längst nicht die großen Opfer aufwiegen, die der Kampf bereits verschlungen hat und noch weiterhin verschlingen wird. Es ist ein gewerkschaftlicher Unsin, einen Kampf zu führen, der 100 000 Mark kostet, aber nur 1000 Mark einbringen kann. Einen solchen Kampf unternimmt keine gewissenhafte Gewerkschaftsleitung. Der christliche Textilarbeiter-Verband hat bereits einen weiteren schönen Erfolg erzielt. Seinen Bemühungen und seiner Haltung ist in der Hauptsache zu verdanken, daß der Arbeitgeber-Verband die Sperre aufgehoben hat. Dadurch sind weitere große Schäden für die Gewerkschaften, für die Arbeiter und für die Industrie abgewendet worden. Selbst das Organ des sozialdemokratischen Textilarbeiter-Verbandes bezeichnet die Aufhebung der Sperre als einen großen Erfolg für die Arbeiter. Das ist das Verdienst des christlichen Verbandes. Dadurch ist auch der Plan des roten Verbandes, die verhasste christliche Organisation „gehörig bluten zu lassen“, zunichte geworden. Die ganze Wut über diesen Erfolg und über den eigenen Verfall macht sich nun in wüsten Schimpfereien Luft. Unterdessen ist es innerhalb der sozialdemokratischen Textilarbeiterbe-

wegung Krefelds ganz gewaltig. Die Mitglieder sind mit der gewissenlosen Haltung ihrer Führer nicht mehr einverstanden. Selbst die streikenden Färber beginnen auffässig zu werden. Mehrere sozialdemokratisch organisierte Färber machen den Verrat ihrer Führer nicht mehr mit, sie gehen entgegen der Parole ihres Verbandes in die Betriebe. Der sozialdemokratische Textilarbeiter-Verband wird sich in Krefeld eine Niederlage holen, an die er noch lange denken wird.

**Der Idealismus des „freien“ deutschen Holzarbeiterverbandes** wird in Nr. 15 der „Holzarbeiter-Zeitung“ eingehend dargelegt. Wie er beschaffen ist, das ist allerdings weniger interessant beschrieben, als wie er nicht beschaffen ist. Darüber heißt es:

„Freilich nennen sich Pfaffen und ähnliche Leute nicht selten auch Idealisten. Wir wollen ihnen die Freude lassen. Aber das eine müssen wir sagen: Solchen Idealismus, der verschwommenen und spielerischen Ideen nachgeht, brauchen wir nicht. — Der philosophische Idealismus des Theologen, der davon ausgeht, daß die Welt das Spielzeug eines Gottes sei und die Menschen und Dinge nach dieser Idee behandelt wissen will, ist für die moderne Welt ein abgetanes Spielzeug des menschlichen Geistes.“

Gegen derartigen „Idealismus“ polemisiert man nicht; man zieht ihn nur etwas tiefer, damit allen sich christlich nennenden Schlafmützen, die im Troß des großen sozialdemokratischen Haußens einherdösen, Gelegenheit geboten wird, den Geist ihres religiös „neutralen“ Deutschen Holzarbeiterverbandes kennen zu lernen. Ein erbärmlicher Feigling ist derjenige, der seine religiöse Ueberzeugung in solcher Weise durch das Organ seiner Gewerkschaft verhöhnen läßt.

**Der christliche Metallarbeiterverband** hat leider im Jahre 1912 nicht die günstigen Fortschritte machen können wie in den Vorjahren. Seine Mitgliederzahl hat sich um 1039 verringert. Die Einnahmen des Verbandes sind hingegen um 103 000 Mk. gestiegen und beliefen sich auf 1 234 935 Mk. Das Verbandsvermögen stieg um 281 425 Mk. und erhöhte sich damit auf 1 428 098 Mk. Bemerkenswert ist, daß sich von dieser Summe 1 328 000 Mk. in der Hauptkasse befinden. Das ist für diese ein bedeutend günstigerer Zustand als er z. B. in unserem Zentralverband christlicher Holzarbeiter besteht.

**Gewerkschaftliches Streben und gewerbetchnischer Fortschritt.** In der letzten Nummer des „Holzarbeiter“ wurde im Leitartikel darauf hingewiesen, wie die Verkürzung der Arbeitszeit durchaus nicht einen Rückgang der Arbeitsleistung zur Folge haben braucht. Dabei wurde vornämlich des gewerbetchnischen Fortschritts gedacht, der hier einen Ausgleich herbeiführt. Ein deutlicher Beweis für die Richtigkeit des Gesagten ist die gewerbliche Entwicklung in England im Vergleich zu der auf dem Festland. Dr. Alexander Wachs weist in seinem Buche „Die Volkswirtschaftliche Bedeutung der technischen Entwicklung der deutschen Völkindustrie“ auf diesen Umstand ausdrücklich hin. Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit, sagt er, sei ein wichtiges soziales Moment für die Entwicklung der Technik. Als in England mit Hilfe der Gewerkschaften und der Gesetzgebung die ärgsten sozialen Mißstände im Arbeitsverhältnis beseitigt, als die Löhne in die Höhe und die Arbeitsstunden heruntergebracht wurden, sah sich der englische Unternehmer, um die Konkurrenz mit dem Festlande aufrecht erhalten zu können, genötigt, die Leistungsfähigkeit des Arbeiters und der Maschinen möglichst zu erhöhen. Daher die raschen Fortschritte in England, im Gegensatz zum Festlande, das niedrige Löhne zahlte und in dem eine lange Arbeitszeit üblich war. Charakteristisch ist, daß die wichtigste Wollspinnmaschine, der Salfaktor, der in England schon in den 30er Jahren verbreitet war, in Deutschland erst in den 70er Jahren verbreitet wurde. Rayz Erfindung des Schnellspinnstuhls wurde auf dem Kontinent erst nach 100 Jahren eingeführt. — Das trifft auch heute noch zu, was in den vorstehenden Zeilen von der Wirkung gewerkschaftlicher Arbeit gesagt wird. Durch sie wird nicht allein zur Vervollkommnung und Ausnutzung der technischen Hilfsmittel, sondern auch zu jeder irgendwie möglichen sonstigen Verbesserung der Arbeitsmethoden angereizt. Damit wird auch ein weiterer Einwand widerlegt; der nämlich, daß jede Lohnsteigerung eine Verteuerung der Waren im Gefolge habe und daß die Lohnpolitik der Gewerkschaften überhaupt Schuld an der allgemeinen Lebensmittelveerteuerung sei. Wenn durch die Gewerkschaften eine technische und organisatorische Verbesserung des Betriebes erzielt wird, dann wirkt das verbilligend auf den Verbrauch.

**Wertvereine — Almosenvereine.** Für die Tatsache, daß die gelben Wertvereine von den Unternehmern gegründet sind und finanziell ausgehalten werden, brauchen eigentlich neue Beweise nicht mehr beigebracht zu werden. Da es aber dennoch von den Selben immer wieder bestritten wird, ist es gut, besonders gravierende Fälle festzuhalten. In einem maschinenschriftlich hergestellten, geheim gehaltenen Geschäftsberichte des gelben Wertvereins der Augsburger Maschinenfabrik finden sich eine Reihe solcher Belege. In der Abrechnung für das Jahr 1908 stehen da unter Einnahmen: „Schenkungen: vom Werk Augsburg 50 169 Mk.; von Frau Oberingenieur R. 200 Mk.; Summa: 50 369 Mk.“ An ordentlichen Mitgliederbeiträgen verzeichnet die Abrechnung aber nur 2528 Mk., also nur den zwanzigsten Teil der Schenkungen, für die in dem Geschäftsbericht wiederholt der Dank der Selben ausgesprochen wird: „Herr von Buz (Generaldirektor vom Werk Augsburg) hat uns finanziell persönlich und aus Mitteln der Firma in ganz bedeutendem Maße unterstützt“, heißt es auf Seite 19 des Berichtes. Wie weit diese Unterstützung ging, zeigt sich am deutlichsten beim Vermögensnachweis des gelben Wertvereins, wo bei einem Bestand von 135 391 Mk. allein 106 000 Mk. als „Stiftungen“ figurieren. Außer diesen Schenkungen für die Hauptkasse des gelben Vereins sind auch sonst noch besondere Zuwendungen für die einzelnen Einrichtungen gemacht worden, z. B.: für die Einrichtung von Warenver-

kaufstellen 1670 Mk.; für die Arbeiter-, Witwen- und Waisenklasse von Generaldirektor von Buz 50 000 Mk., von der Firma 46 000 Mk.; für die Unterstützungskasse als jährlicher Beitrag der Firma 857,14 Mk.; für die Krankenkasse vom Betriebsleiter Dr. Guggenheimer 500 Mk. Bei allen Posten also „Stiftungen“ und „Schenkungen“. Nun könnte man sagen, es ist das Recht der Firma, Geschenke zu machen, wenn sie will. Das trifft hier aber nicht zu, denn mit ihren Zuwendungen wird ein Teil der Arbeiter bevorzugt und zwar auf Kosten des übrigen Teils der Belegschaft, der dem gelben Verein nicht angehört. Und die zurückgesetzten Arbeiter muß dieses Verhalten der Firma erbittern, ihre Arbeitsfreudigkeit kann dadurch nur herabgedrückt werden. — Aus den vorstehenden Angaben aus dem Jahresabschluß eines gelben Vereins geht im übrigen wieder sehr deutlich hervor, daß man es mit Almosenvereinen zu tun hat, die nur von der Gnade des Unternehmertums leben können.

## Soziale Rundschau.

Freiherrn von Berlepsch Dank.

Die „Soziale Praxis“ (Nr. 28) veröffentlicht folgendes Schreiben:

Bei Vollendung des 70. Lebensjahres sind mir so zahlreiche freundliche Wünsche und Worte der Anerkennung zu Teil geworden, daß ich außerstande bin, jedem ihrer Spender zu danken. Da sie mir aber viel zu wertvoll sind, um sie schweigend hinzunehmen, so bin ich genötigt, meinen Dank öffentlich und allen gemeinsam auszusprechen. Ich möchte dazu die „Soziale Praxis“ wählen, als das Organ der Gesellschaft für Soziale Reform, der wohl die meisten derjenigen angeschlossen sind, die meiner so freundlich gedachten, vor allem die, denen die Arbeit und das Streben der Gesellschaft gelten, die Arbeiter und Angestellten und ihre Vereinigungen.

Wenn ich auf die Zeit zurückblicke, in der ich als Beamter und als Privatmann für die soziale Reform wirken durfte, und zu meiner großen Freude und Genugung die Fortschritte sehe, die das rechte Verständnis für dieselbe gemacht hat, so muß ich gegenüber all der Anerkennung, die mir geworden ist, bekennen, daß andere, mächtigere Kräfte die großen Fragen der Hebung der Lage der Lohnarbeiter und Angestellten in ideeller, sittlicher und materieller Beziehung, der Eingliederung dieser mit der Entwicklung der Großindustrie neu entstandenen oder doch in ihren Lebensbedingungen völlig veränderten Berufsstände in die staatliche und gesellschaftliche Ordnung ihrer Lösung entgegenzuführen. In tiefer Dankbarkeit gedenke ich hierbei des Anlasses, daß Sr. Majestät dem Kaiser und König gefallen hat, mir im Jahre 1890 die Aufgabe zu stellen, der von ihm gewollten sozialen Reform, wie sie in den beiden Allerhöchsten Erlassen vom 4. Februar 1890 vorgezeichnet ist, die Wege zu bereiten. In tiefer Dankbarkeit gedenke ich der Männer und Frauen, die sich in der Gesellschaft für Soziale Reform zusammenschanden, vor deren Tür sie ihre politischen und konfessionellen Gegensätze, die Unterschiede des Berufs, des Ranges und der Lebenslage niederlegten, um vereint dem letzten leuchtenden Ziel, der Anbahnung des inneren Friedens im Vaterlande, nachzustreben, der nicht anders als durch gleichgültige Gerechtigkeit für alle und wirksamen Schutz für die Schwachen und Hilflosen erreicht werden kann. In tiefer Dankbarkeit gedenke ich der Bereitwilligkeit, mit der all die Organisationen und Vereine der Angestellten und Arbeiter sich uns angeschlossen, die mit uns fest und hoffnungsvoll an die Möglichkeit einer für sie erfolgreichen sozialen Reform unter Wahrung der vielen kostbaren Schätze glauben, die unsere Väter und Vorfahren dem lebenden Geschlecht hinterlassen haben, gedenke ich der Hingabe, mit der sie an der Lösung der Aufgabe, die mir uns stellten, mitarbeiten. Sie erst gestatteten die Arbeit fruchtbar nach dem alten wahren Satz, daß man erfolgreich soziale Reform für die Arbeiter nur mit ihnen treiben kann.

In einem ausgezeichneten Buch, dem Leben Charles Kingsley's, fand ich ein Wort von Thomas Carlyle zitiert: „Blessed he who has found his work“. „Segnet, glücklich ist der, der seine Lebensaufgabe gefunden hat.“ Zu diesen Glücklichen darf ich mich rechnen. Ich darf mich aber auch zu den noch Glücklicheren rechnen, die bei ihrer Lebensarbeit treue Gefinnungsgenossen, Helfer und gute Freunde gefunden haben. Sie sind es, die mir den Tag, an dem ich nach menschlichem Ausdruck in das Greisenalter eintrete, zum Fest gestalteten. Das sage ich nicht um der so großen äußerlichen Ehrung willen, die mir zu Teil wurde, so sehr auch sie mich erfreut hat. Wer mich kennt, weiß, daß ich nicht erstrebe, daß ich nicht nach Anerkennung und Dank hasche. Wer das tut, wer nicht nur der Sache, die er vertritt, dient, der ist kein rechter Sozialpolitiker, sondern ein Egoist, und Selbstsucht ist eine Eigenschaft, die dem am schlechtesten steht, der in Würde berufen sein wird, vor Gott Rechenschaft für sein Denken und Tun abzulegen.

Rein, das, was mir den Dank, der mir zu Teil wurde, so wertvoll macht, ist, daß er ein Zeichen von Vertrauen ist. Und Vertrauen gibt Mut und Kraft. Ich gebe es Ihnen allen, die Sie mir bisher treue Bundesgenossen waren, zurück mit dem Versprechen, daß, solange mir Gott Kraft für die Arbeit läßt, ich nicht müde werden will, sie den hohen Zielen zu widmen, die wir uns gestellt, in der frohen und festen Zuversicht, dem Vaterland und meines Mitmenschen so recht zu dienen.

Seebach, im März 1913. Fehr. v. Berlepsch.

**Soziale Wahlen.** Bei der am 12. April getätigten Gewerbegerichtswahl in GutsMuths entfielen auf die Liste der christlichen Gewerkschaften 716 Stimmen, auf die sozialdemokratische Liste 234 Stimmen. Gegen die frühere Wahl ist die sozialdemokratische Stimmengewinnung um rund 150 zurückgegangen, wohingegen sich die Stimmengewinnung der christlichen Arbeiter um 150 erhöht hat. Von der christlichen Liste sind drei, von der sozialdemokratischen Liste ein Kandidat als Beisitzer gewählt.

**Christlich-nationaler Arbeitertag in München i. B.** Die bedeutendsten Kongresse in Dresden und Essen haben die christlich-nationale Arbeiterbewegung erneut in den Vorder-

grund des öffentlichen Interesses gestellt. Regierung und Parlamente, Arbeitgeber und weite Kreise des Volkes wenden in letzter Zeit der aufstrebenden christlichen Arbeiterbewegung ihr Augenmerk zu. Gelehrte aller Richtungen bemühen sich, die Tätigkeit und das Wesen der christlichen Arbeiterbewegung in Wort und Schrift zum Gegenstand von wichtigen Publikationen zu machen. Um die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung auch in den einzelnen Landes- teilen wirksam hervorzuheben, wurden im Laufe des vorigen Jahres außer den beiden vorgenannten Kongressen mehrfach sogenannte Arbeitertage veranstaltet, von denen die in Baden und an der Porta-Westfalica wohl den imposantesten Verlauf genommen haben. Die bedeutsame Stellung an der Porta vereinigten allein mehr als 20000 Vertreter der konfessionellen Vereine und der christlichen Gewerkschaften des östlichen Westfalens. Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiete haben mehrfach größere Veranstaltungen dieser Art mit gutem Erfolge stattgefunden. Das gesamte Münsterland rückt sich zur Zeit ebenfalls mit regem Eifer zu einer derartigen Tagung. Gerade das Münsterland, mit seiner ausgedehnten Textilindustrie, welche Tausende von Arbeitern beschäftigt, mit starker christlich organisierter Arbeiterchaft — und ausgeprägt christlich-konservativem Charakter, welcher seinen besonderen Ausdruck in dem Bestehen zahlreicher konfessioneller Vereine findet — hat bisher den zersetzenden Bestrebungen der Sozialdemokratie mit Erfolg den größten Widerstand geleistet. Um dieser Tatsache auch in der Öffentlichkeit die gebührende Geltung zu verschaffen, und die Arbeiterchaft selbst zu neuer Begeisterung und Werbearbeit für die Ideale der christlichen Arbeiterbewegung anzufeuern, wird am Sonntag, den 27. April, in Münster ein Aufmarsch der gesamten konfessionellen Vereine und christlichen Gewerkschaften des Münsterlandes erfolgen. Seit Wochen werden die Vorbereitungen dazu von einem aus den Leitern der einzelnen Korporationen bestehenden Ausschuss getroffen, um die Veranstaltung möglichst imposant zu gestalten. Die Tagung wird eingeleitet durch eine große Delegiertenkonferenz im Gesellenhause, in welcher über den derzeitigen Stand der gesamten christlichen Arbeiterbewegung im Münsterlande eingehend Bericht erstattet wird. Ein besonderes Merkmal des Generalsekretärs Stegerwald-Köln wird den Delegierten neue Richtlinien für eine weitere erfolgreiche Agitation vermitteln. Anschließend hieran findet Diskussion statt. Nachmittags 4 Uhr findet dann im großen Schützenhofsaale eine öffentliche Versammlung statt, zu der als Redner die Herren Div.-Kommandeur Dr. Müller-R. Gladbach und Generalsekretär Stegerwald-Köln gewonnen sind, die über die Bedeutung der christlichen Arbeiterbewegung als Kulturbewegung und über die Notwendigkeit der konfessionellen Arbeiter-, Arbeiterinnen- und Jugendvereine sprechen werden. Um diese öffentliche Kundgebung recht eindrucksvoll zu gestalten, damit sie den tiefen Eindruck der christlichen Arbeiterchaft in den andern Landesstellen würdig zur Seite gestellt werden kann, richtet der vorbereitende Ausschuss an die Vorstände der teilnehmenden Korporationen die Bitte, allseits eine rege Werbetätigkeit zu entfalten, um eine Massenbeteiligung an der Veranstaltung zu erzielen. Den verschiedenen Vorständen wird empfohlen, die Teilnehmerzahl möglichst vorher festzustellen, um bei den Bahnbewirtschaftungen Fahrpreisermäßigungen zu erhalten. Für alle aber muß die Losung sein: Auf zur großen Herrschaft nach Münster.

**Geschichtliches.** Der frühere Bezirksleiter des christlichen Bauarbeiterverbands Edward Pfeiffer in Breslau wurde wegen Urkundenfälschung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. — Der Tischlergehilfe Freiburger, ein Mitglied des sozialdemokratischen Holzarbeiter-Bandes, welcher aus München nach Wien gereist war, um die Ermordung des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Schumacher durch Fälschung des christlichen Arbeiterführers Kunzhal zu rächen, wurde wegen gefährlicher Drohung zu zwei Jahren schweren Kerkers verurteilt. — Wie der „Vorwärts“ mitteilt, ist der sozialdemokratische Arbeitersekretär Willi in Karlsruhe, der auch Mitglied des Karlsruher Bürgerausschusses und hiesiger Landtagsabgeordneter ist, ein Opfer der „Märzrevolution“ geworden. Das Gericht verurteilte ihn wegen Rupperei zu drei Monaten Gefängnis. Seine Frau erhielt fünf Monate. **Des Hospizhauses in Köln,** entstanden auf dem Platze des alten Gesellenhospizes an der Breitestraße, steht wohl

das größte Hospiz der katholischen Gesellenvereine dar. Das Haus enthält Räume für 400 Vereinsmitglieder, die dort ständig wohnen. Außerdem enthält das Haus einen Aufenthaltsraum, ein Billardzimmer, einen Speisesaal, Lese- und Schreibzimmer, Büroräume für die Haus- und Vereinsverwaltung, einen großen Saal, der ohne Galerie 570 qm Bodenfläche besitzt, je eine Bäcker- und Schlosserwerkstelle, Turnhalle, Badeanstalt, mehrere Regelfahrten, einen Desinfektionsraum, eine Kapelle, sowie die Wohnräume für die Präses und das Hauspersonal. Der imposante große Bau, der von der Breitestraße bis zur Helenenstraße reicht und von beiden Seiten Eingänge besitzt, befindet sich recht eindrucksvoll die großartige Tätigkeit des katholischen Gesellenvereins auf dem Gebiete des ledigen-Wohnwesens. Der katholische Zentral-Gesellenverein in Köln verfügt bei einem Bestande von 1328 aktiven Mitgliedern über drei große Hospize.

**Entwicklung der Fleischpreise seit dem Jahre 1909.** Ueber die Preisbewegung der wichtigsten Nahrungsmittel veröffentlicht das „Reichsarbeitsblatt“ (1913, Nr. 3) eine Uebersicht. Es geht aus derselben hervor, daß der Durchschnittspreis des Fleisches im Kleinverkauf von 1909 bis 1912 doch stark gestiegen ist. So ist in Köln der Durchschnittspreis für 1 Kilogramm Rindfleisch gestiegen von 1,59 Mk. im Jahre 1909 auf 1,84 Mk. im Jahre 1912. Kalbfleisch verzeichnete in der gleichen Zeit eine Steigerung des Jahresdurchschnittspreises von 1,76 Mk. auf 1,99 Mk. pro Kilogramm. Bei Hammelfleisch geht die Steigerung von 1,72 Mk. auf 1,93 Mk. Schweinefleisch stand schon 1909 auf der Preishöhe von 1,94 Mk., fiel dann 1910 auf 1,92 Mk. und 1911 auf 1,75 Mk., um 1912 wieder auf 1,96 Mk. zu kommen. Ähnlich ging die Entwicklung, um noch einen Hauptkonsumplatz Süddeutschlands herauszugreifen, in Mannheim. Die Steigerung des Preises geht dort bei Rindfleisch von 1,44 Mk. auf 1,81 Mk.; bei Kalbfleisch von 1,79 Mk. auf 1,96 Mk.; bei Hammelfleisch von 1,52 Mk. auf 1,83 Mk.; bei Schweinefleisch von 1,73 Mk. auf 1,83 Mk. Das Schweinefleisch ist nach Vorstehendem durchschnittlich im Vergleich zu 1909 am wenigsten gestiegen; jedoch ist dabei nicht zu vergessen, daß auch schon 1909 der Schweinefleischpreis ein ungewöhnlich hoher war. Die Preissteigerung der letzten Jahre ist jedenfalls eine sehr ausgeprägte, der Preisstand ein sehr hoher. Die Besserung dieser Verhältnisse ist ein sehr ernstes und wichtiges volkswirtschaftliches Problem, und es dürfte nicht etwa dabei bleiben, daß, wie der preussische Landwirtschaftsminister vor einiger Zeit im Reichstag meinte, das Volk sich infolge der Leuerungsmassnahmen „beruhigt“ hat. Gewiß kann man nicht alltäglich auf die gleichen Verhältnisse hinweisen, und es sind inzwischen andere politische Probleme ebenfalls sehr aktuell geworden. Aber es darf über ihnen nicht die Arbeit an der Frage der Lebensmittelversorgung vergessen werden.

**Aus dem gewerblichen Leben.**

**Berliner Holz-Comptoir A.-G.** Der Abschluß dieser Gesellschaft für 1912 verzeichnet einen Geschäftsgewinn von 1053451 Mk. Nach den üblichen Abschreibungen verbleibt ein Reingewinn von 534657 Mk. Die Dividende beträgt 7 Prozent gegen 6 Prozent im Vorjahre. Während die Schwarzwälder Handelskammer in ihrem letzten Bericht schlechte Preise für Sägereierzeugnisse feststellen können glaubte, meldet der Bericht des Berliner Holz-Comptoirs, daß sich der Umsatz bei steigenden Preisen erheblich vergrößerte. Das, trotzdem auf dem Berliner Baumarkt die Verhältnisse nicht sonderlich günstig waren. Für das laufende Jahr hoffe die Verwaltung wiederum auf ein befriedigendes Ergebnis.

**Literarisches.**

**„Die Bodenreform“.**  
Grundrhythmisches und Geschichtliches zur Erkenntnis und Ueberwindung der sozialen Not. Von Adolf Damaschke. Verlag Gustav Fischer, Jena, 21. bis 25. Tausend. Preis gebunden 3,25 Mk.  
In durchaus klarer vollständiger Weise, für jeden Leser leicht verständlich, zeigt Damaschke in seinem Buche in glänzendster Verbindung Theorie und Praxis, Vergangenheit und Gegenwart be-

sprechend, die grundsätzlichen Ursachen unserer wirtschaftlich-sozialen Notstände. Der Sehnsucht eines jeden, der es ehrlich mit unsrer Volksmeinung, Aufklärung zu erhalten, unabhängig vom Streit der verschiedenen Interessen, gibt Damaschke Erfüllung mit einer ausgleichsvollen Blick in eine glücklichere Zukunft. Das Buch gibt überreichlich Anregung zu Besprechungen in Kollegenkreisen und sollte in keiner Bücherei einer Zählstelle fehlen.

**Die Aufgaben der Vorstände und Vertrauensmänner in den Arbeitervereinen.** (Arbeiter-Bibliothek 10. Heft.) 11.—20 Tausend. 8° (38) M.-Gladbach 1913, „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ GmbH. Preis 20 Pfg., postfrei 25 Pfg.

Inhalt: Erstes Kapitel: Organisation und Aufgaben der Vorstände. 1. Aufgaben des Vorstandes im allgemeinen. 2. Die Aufgaben des Vorstandes. 3. Der Vizepräsident. 4. Der Schriftführer. 5. Der Kassierer. 6. Der Bibliothekar. 7. Die übrigen Vorstandsglieder. — Zweites Kapitel: Organisation und Aufgaben der Vertrauensmänner. 1. Organisation der Vertrauensmänner. 2. Die Aufgaben der Vertrauensmänner. 3. Einweisung der Mitgliederbeiträge: Quittungsbüchlein, Ablieferung an den Kassierer. — 4. Werbung von Mitgliedern. — Belehrung der Mitglieder in religiöser und sozialer Hinsicht (mündliche Aussprache, Verteilung von Flugblättern, Verbreitung einer guten Presse, Verbreitung guter Schriften und Bücher). — Beobachtung der gegnerischen Arbeiterbewegung. 3. Die vierteljährlichen Vertrauensmänneritzungen. 4. Die Schulung der Vertrauensmänner.

Ueber die Notwendigkeit eines gut ausgebauten Vertrauensmänner-systems ist schon manches gesagt worden. Es ist nun bereits im Jahre 1905 durch die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ eine kleine Broschüre herausgegeben worden, die die Aufgaben der Vorstandsglieder und Vertrauensmänner der Arbeitervereine übersichtlich zusammenstellt. Seit mehreren Jahren war das Büchlein vergriffen, wie auch in manchen seiner Ausführungen veraltet. Seit einigen Tagen liegt die zweite, verbesserte Auflage vor.

**Die Bureaus der christl. Gewerkschaften in Köln**  
(bisher Eintrachtstraße 147 und Palmstraße 14 befinden sich seit 1. April im neubauten Bureauhaus der christlichen Gewerkschaften,

**Denloerwall Nr. 9**  
gegenüber dem Westbahnhof

Die Fernsprechanhänge der einzelnen Stellen sind:

Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Haupt-Geschäftsstelle (Kurscheid, Janzen, Mid, Meyers)	B 1548
Zentralverband christlicher Holzarbeiter, Ortsverwaltung und Arbeitsnachweis (Fladung, Kurscheid, Zeller)	A 8216
Generalsekretariat und Gewerkschaftsverlag (Stegerwald, Brauer, Valtrusch, Bergmann, Riedel)	A 6475
Kartell der christlichen Gewerkschaften (Ratzer)	A 8078
Zentralverband christlicher Kram- und Steinarbeiter, Zentrale, Bezirksleitung und Ortsverwaltung (Fromm, Lechner, Fingerhut, Kiever)	A 6575
Zentralverband christlicher Schneider und Schneiderinnen Hauptgeschäftsstelle, Bezirksleitung, Ortsverwaltung und Arbeitsnachweis (Schwarzmann, Günnewig, Wullen)	B 1547
Zentralverband der Gemeinbearbeiter und Straßenbahner, Hauptgeschäftsstelle, Bezirksleitung und Ortsverwaltung (Debenbach, Sidmann, Krumbö)	B 1547
Graphischer Zentralverband, Zentrale und Arbeitsnachweis (Vornbach, Sedlmeyer)	B 2635
Christlicher Metallarbeiterverband, Bezirksleitung, Ortsverwaltung und Arbeitsnachweis (Schmitz, Käfer, Buchmann)	A 8072
Christlicher Bauarbeiterverband, Bezirksleitung, Ortsverwaltung und Arbeitsnachweis (Lange, Dag, Josef Becker, Lüdertoth)	A 8078
Christlicher Malerverband, Bezirksleitung, Ortsverwaltung und Arbeitsnachweis (Stollenwerk)	A 8210
Gutenbergbund, Sekretariat (Felder)	B 2634
Zentralverband der Nahrungsmittelarbeiter (Bahnenbrud)	B 1547
Zentralverband christlicher Fabrik- Verkehrs- und Hilfsarbeiter	B 1547
Gesamterverband deutscher Krankenkassen (Joh. Becker)	A 6475

**Anzeigen der Zählstellen.**

**Bonn.**  
Unsere Zählstelle hat einen Arbeitsnachweis errichtet. Der Arbeitsnachweis wird vom Kollegen Bekmann, Friedrichstraße 235 (Königsplatz) geführt. Dieser Stellen wollen beschleunigt angefordert werden. Es empfiehlt sich, um eine schnelle Vermittlung zu erzielen, möglichst den Zählstellen per Anhalter offene Stellen zu besorgen. Der Arbeitsnachweis ist unter Nummer 2638 an den Zählstellen angehängt.

**Wagnerei-Einrichtung**  
Jede Holzwerkzeuge in verschiedener Größe überflüssig billig zu verkaufen. Beschickung kann gesendet oder geschickt werden.  
Offerten unter F. F. 102 sind zu richten an die Geschäftsstelle des Blattes.

**Tüchtige Möbelschreiner**  
haben in Köln Beschäftigung durch den Arbeitsnachweis der Zählstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter, Köln, Denloerwall 9.

**Staatlich unterstützte städtische Fachschule für Handwerk und Industrie zu Düsseldorf.**  
: TAGES-KURSE FÜR SCHREINER :  
(44 Std. wöchl.) Jeden Monat neue Unterrichtsstoffe (Buchf. Geschäftsbriefwechsel, Wechselkde., Rechnen, Kalkul., Fläch- u. Körperberechn., gewerbliche Gesetzeskde., Stille- u. Formcal. Mat., Werkz., Maschinenkunde., Freizeitsport, Fachzeichnen). Die Kurse bereiten auch auf die MEISTER-PRÜFUNG vor. Meisterstück kann in der Schule angefertigt werden. EINTRITT und AUSTRIFF jederzeit möglich; die Kurse gestatten beliebige Unterbrechung in der Ausbildung. SCHULGELD: 10 Mark pro Monat, 40 Mark für 4-5 Monate. AUFNAHME-BEDINGUNGEN: Vollendung des 17. Lebensjahres und mindestens zweijährige Praxis. PROGRAMM steht kostenlos zur Verfügung. ANMELDUNGEN u. ANFRAGEN sind zu richten an die Direktion der Fachschule zu Düsseldorf, Charlottenstr. 87. Der Direktor: ZILLMER.

**Eidgenössische Goldschmiedefabrik** sucht per sofort einen tüchtigen, gewissenhaften **Bergarbeiter.**  
Die Stellung ist eine angenehme und dauernde, bei guter Bezahlung. Offerte mit Lebenslaufkarte unter B. N. 280 an die Redaktion erbeten.

**Tücht. Tischler und Polierer**  
für freie elektrotechnische Holzwaren finden dauernde, gut lohnende Beschäftigung bei **Hug. Rappermann, Holzwarenfabrik und Kunstschlerei, Billen i. Sa.**

**Einzelne Formiere für Kabinette, Schränke und Sesseln** **Recherbogen** gegen 20 Pfg. in Briefmarken. Zahlreiche Anerkennungs-schreiben.  
**Carl Bach, Marquiere, Heidelberg, Theaterstraße 7.**

Zum sofortigen Eintritt suchen wir einen tüchtigen **Ringpinselmacher** welcher möglichst auch mit dem Zurichten vertraut ist.  
**Norddeutsche Pinselfabrik Köfener & Gadschtedt, Sohne i. Od.**

**Tüchtige Möbeltischler**  
die selbständig nach Zeichnung arbeiten können, nicht unter 22 Jahre alt, sowie **mehrere Bildhauer** für bessere Möbelarbeiten, für dauernde Arbeit sofort gesucht. Vorherige schriftliche Aufträge erbeten.  
Arbeitsnachweis des Zentralverbandes christl. Holzarbeiter, Zählst. Hamburg, Bremerreihe 12.

**Evangelischer Möbeltischler**  
findet in seiner Kunstschlerei auf dem Lande Stellung. Familienanschluss.  
**W. Sundermann, Ladbagen in Weßfalen.**